

kontakte

Sozialdemokratische Bürgerzeitung

Oktober 1986



Großbrand am 21.8.86 - Alarmierung der Feuerwehr

Wer den Ausbruch eines Schadensfeuers bemerkt, das er nicht sofort selbst löschen kann, ist verpflichtet, unverzüglich die nächste Feuermelderstelle zu benachrichtigen. (§ 25 Brandschutzgesetz). Dieser Bürgerpflicht liegt die Tatsache zugrunde, daß jedes Feuer ein Großbrand werden kann, wenn nicht innerhalb von 10 Minuten der Brand bekämpft wird. Reicht vielleicht bei der Brandentdeckung noch eine Tasse Wasser und 5 Minuten später noch ein Eimer mit Wasser, so kann nach 10 Minuten bereits das von der Feuerwehr vorgenommene C-Rohr mit 100 l/min nicht ausreichend sein.

Als am 21.08.86 in der Autolackiererei die Heizung nach einer Störung wieder in Betrieb genommen wurde, kann es möglicherweise zu einem Entstehungsbrand im Dach, der nicht bemerkt werden konnte. Als gegen 16.00 Uhr erste Rauchschwaden sichtbar wurden, deutete man diese als Rauch von der Heizung. Erst als der Rauch dichter und auch außerhalb des Schornsteines sichtbar wurde, wurde die Feuerwehr um 16.10 Uhr über Notruf 112 alarmiert. Bereits zu diesem Zeitpunkt war die Hilfsfrist von 10 Minuten erreicht oder überschritten, so daß ein schnelles Ablöschen des Feuers nicht mehr möglich war.

Alarmierung und Ausrücken der Freiwilligen Feuerwehr Kronshagen geschah in gewohnter Schnelligkeit, obwohl viele Kameraden noch auf der Arbeitsstelle oder auf dem Weg nach Hause waren:

16.10 Uhr Feuermeldung an die Leitstelle der Berufsfeuerwehr Kiel.

16.11 Uhr Auslösen der Funkmeldeempfänger und Sirenen für die FF. Zufällig sind bereits ein Zugführer und der Leiter der Polizeistation Kronshagen an der Einsatzstelle und erkunden die Lage.

16.13 Uhr 2 Löschgruppenfahrzeuge LF 16 mit je 7 Mann Besatzung rücken aus. Bereits bei der Anfahrt sind Rauchwolken auf dem Dach zu sehen.

16.15 Uhr Der Löschangriff über Leitern auf das Dach und in das Gebäude wird umfassend eingeleitet. Nach kurzer Zeit haben 27 Kameraden bereits 9 Strahlrohre vorgenommen und die Löschwasserversorgung gesichert.

16.23 Uhr Die Rauchentwicklung nimmt zu. Trotz der 2000-l Wasser pro Minute ist ein Löscherfolg nicht erkennbar. Daher wird die Berufsfeuerwehr Kiel um nachbarliche Löschhilfe gebeten. Die Kameraden der BF unterstützen uns an den Strahlrohren und nehmen weitere Rohre vor. Weitere Fahrzeuge der BF und der Kreisfeuerwehrzentrale in Rendsburg werden für Spezial- und Nachschubaufgaben eingesetzt.

17.00 Uhr Einsturz des Daches. Zu diesem Zeitpunkt sind glücklicherweise alle Kameraden vom Dach und aus der Halle zurückgezogen worden und kommen deshalb nicht zu Schaden.

18.00 Uhr Das Feuer ist unter Kontrolle. Nachlöscharbeiten und die Brandsicherheitswache beschäftigen die Feuerwehr noch bis nach 24.00 Uhr.

Aus unserer Sicht ist festzuhalten:

1. Die FF hat mit einer Ausrückzeit von 4 Minuten ihre Schnelligkeit und Zuverlässigkeit wieder unter Beweis stellen können.
2. Die FF war mit 35 Kameraden und 5 Fahrzeugen, die BF mit 20 Kameraden und 9 Fahrzeugen anwesend. Die Zusammenarbeit klappte reibungslos.
3. Die Polizei sperrte bereits frühzeitig den Eichkoppelweg. Daher gab es keine Behinderungen durch Zuschauer.



4. Wegen der starken Verqualmung wurden insgesamt 35 Atemschutzgeräte - z. T. sogar im Freien - eingesetzt.
5. Das Feuer wütete in dem Dach. Das Löschwasser konnte aber nicht wirksam werden, da der Weg zu den brennenden Dachbindern durch eine geschlossene Holzverschalung mit Dachpappe, Gipskartonplatten und durch die Aluminiumverblendung versperrt war. Erst nach Einsturz des Daches waren wirksame Löscharbeiten möglich.
6. Trotz einiger Schwachpunkte in der Wand zwischen Werkstatt und Wohnhaus konnte das Übergreifen des Feuers auf das Wohnhaus verhindert werden.

70 Bürger unserer Gemeinde stehen als aktive Mitglieder der FF zu Ihrem Schutz bereit. In der Jugendabteilung bereiten sich 25 Jugendliche auf diesen Dienst vor; 8 von ihnen treten jetzt in den aktiven Dienst über. Haben Sie Interesse an diesem Dienst? Sie sind uns jederzeit willkommen.

Und denken Sie daran: Bei Feuer - Notruf 112. Wir kommen lieber einmal vergeblich, weil das Feuer bereits gelöscht werden konnte, als daß wir zu spät alarmiert werden.

Karl-Heinz Mücke
Gemeindewehrführer

Juso-Kreiskonferenz in Kronshagen

Rote Fahnen mit der Juso-Rose wehten am 30. August 1986 am Bürgerhaus, als dort die alljährliche Juso-Kreiskonferenz stattfand. In den Rechenschaftsberichten der scheidenden Vorstandsmitglieder und in der darauf folgenden Diskussion wurde die gegenwärtige Situation der Jusos im zweitgrößten Flächenkreis der Bundesrepublik kritisch beleuchtet. Dabei wurde neben der breiten Streuung der Mitglieder in den ländlichen Gebieten auch das Problem deutlich, daß Jusos recht schnell in die Ortsvereinsarbeit eingebunden werden und so selten Zeit für andere politische Aktivitäten haben. Außerdem betrachten sich wenige Parteimitglieder im Alter von 30 bis 35 Jahren noch als Jusos.



Thomas Engel, Thomas Spahr, Ulrich Erdmann

Kontrovers wurde die geleistete Pressearbeit diskutiert, die u.a. darunter zu leiden hatte, daß die hiesige Presselandschaft nicht gerade Juso-freundlich eingestellt ist. Deshalb haben sich die Jusos mit dem Kreis-Info "Der Stachel" ein Forum geschaffen, mit dem sie über Rendsburg-Eckernförde hinaus ohne inhaltliche Beschränkungen Interessenten erreichen.

Landesvorsitzender Udo Wnuck aus Kiel betonte die dreifache Bedeutung der Jusos als SPD-Mitglieder, als Jugendliche und als Jungsozialisten sowie die wachsende Bereitschaft, bei den Jusos aktiv zu werden. Zum neuen Juso-Kreisvorsitzenden wurde **Thomas Neumann** aus Rendsburg gewählt, in ihren Ämtern als Kassenwart bzw. Schriftführer wurden **Thomas Engel** und **Ulrich Erdmann** (beide Kronshagen) bestätigt. **Nathalie Jückstock** und **Jörg Hartwig** (beide Rendsburg) sowie **Hauke Hansen** aus Gettorf wurden zu Beisitzern gewählt.

Der neue Kreisvorstand nahm sich vor, über Organisatorisches hinaus verstärkt politische Bildungsarbeit zu leisten und plant eine Veranstaltung zum Thema "Werftenkrise".

Ulrich Erdmann

| Der neugewählte Kreisvorstand der Jungsozialisten in Rendsburg-Eckernförde | | | |
|--|---|---|---------------|
| Vorsitzender | Thomas Neumann, Kieler Straße 33 a, 2370 Rendsburg | ☎ | 04331/2 97 60 |
| Kassenführer | Thomas Engel, Hassknoell 12, 2300 Kronshagen | ☎ | 0431/58 05 72 |
| Schriftführer | Ulrich Erdmann, Albert-Schweitzer-Straße 2, 2300 Kronshagen | ☎ | 0431/54 22 77 |
| Beisitzer | Nathali Jückstock, Haderlebener Straße 5, 2370 Rendsburg | ☎ | 04331/2 79 41 |
| | Hauke Hansen, Ofeld 46, 2303 Gettorf | ☎ | 04346/73 83 |
| | Jörg Hartwig, Gerhardstraße 10, 2370 Rendsburg | ☎ | 04331/7 29 43 |

Kommentar



Die letzten Formalien nach der Kommunalwahl wurden in der Sitzung der Gemeindevertretung vom 2.09.86 mit dem Vollzug der neu beschlossenen Satzung erledigt. Die neuen Ausschußmitglieder für den Umweltausschuß und den Finanzausschuß benannt. Es soll sich also jetzt in der Praxis herausstellen, ob mit der Auflösung des Straßen- und Verkehrsausschusses der richtige Schritt getan wurde. Die SPD-Fraktion

hat hier ihre Bedenken angemeldet. Die erste Sitzung des Bau- und Planungsausschusses unter neuen Vorzeichen hat schon die Schwierigkeit der umfassenderen Arbeit aufgezeigt. Die Sitzung vom 2.9. brachte die Zustimmung zur Einrichtung einer 5. Gruppe im Kindergarten Fußsteigkoppel. Hierdurch wird die Warteliste erheblich verkürzt. Die finanziellen Dinge mußten durch den Bürgermeister in einer Eilentscheidung entschieden werden. Rechtzeitiges Planen hätte die parlamentarische Mitbestimmung wohl fristgerecht ermöglicht.

Zu begrüßen ist auch, daß die Vertretung dem Vorschlag des Finanzausschusses gefolgt ist und der Ausgabe in Höhe von 12.000 DM für die Wiederherstellung der Uhr des Kirchturmes zugestimmt hat. Diese Uhr wurde der Kirche einmal durch die Kommunalgemeinde geschenkt. Es bestand also eine gewisse "Patenschaft" der politischen Gemeinde.

Heiß ging es her bei der Frage, ob an der Ecke Hasselkamp / Eschenkamp eine Ampel eingerichtet werden sollte. Hier war wohl in allen Fraktionen die Abstimmung freigegeben worden. Die Diskussion zeigte jedoch, daß der zuständige Ausschuß wie auch die Verwaltung es in der Vorlage versäumt hatten Alternativen aufzuzeigen. Es geht nicht an, daß man ohne Aufnahme aller Fakten Beschlüsse faßt, die den Haushalt mit 58 000 DM belasten. Die nachgehende Diskussion im Ausschuß zeigte, daß es gut war, dieses Thema zur erneuten Beratung in den Ausschuß zu überweisen. Jetzt konnte zusammen mit der Verkehrsaufsicht ein neues Konzept erarbeitet werden, daß auf eine Lichtzeichenanlage verzichtet. Die Nichtvorlage von alternativen Beschlußvorlagen ist ein satzungsbekanntes Problem für ehrenamtlich tätige Abgeordnete.

Übrigens hatte die Sitzung mit einer unschönen Anfrage eines Gemeindevertreters der CDU zum Asylantenproblem begonnen. Der "Opposition" wurde diese Anfrage nicht vorher bekanntgegeben, sie lag auch nicht als Tischvorlage vor, so daß es schwer möglich war, Zusatzfragen zu stellen. Die Fragestellung selbst stellte ab auf die Asylantenunterbringung in etwaig leerstehende Mietwohnungen der Gemeinde und sollte wohl "ungesundes Volksempfinden" wecken. Die Verwaltung hat wohl nicht richtig geantwortet. Es gibt tatsächlich erheblichen Wohnraum der leersteht (Eigentumswohnungen) - dies ist aber nicht das Problem. Es wurde vorher nicht bekanntgegeben, daß der Landrat des Kreises an die Bürgermeister der Gemeinden in der gemeinsamen Tagung herangetreten war, mit der Bitte, ihm geeigneten Wohnraum zur Unterbringung von Asylbewerbern nachzuweisen. (Siehe die Ausführungen des Landrates auf der letzten Kreistagssitzung) Wollen wir es dem 1. stellv. Bürgermeister nachsehen, dies nicht gewußt zu haben.

Wir kommen jetzt in die Vorwahlzeit. Hoffen wir gemeinsam, daß die anstehenden Beratungen des Nachtragshaushaltes 88 und Haushaltes 87 der Gemeinde davon möglichst unberührt bleiben.

Ihr
Cord P. Lubinski
Fraktionsvorsitzender

Das Asylrecht – ein Wahlkampfthema

Die AsF-Kronshagen erörterte auf einer gut besuchten Veranstaltung das Thema "Asylrecht in der Bundesrepublik Deutschland". Der Referent, Norbert Scharbach, hat uns für "Kontakte" eine kurze Zusammenfassung seines Vortrages gegeben:

(In diesem Manuskript konnten die jüngsten Zugeständnisse der DDR bezüglich eines Visumzwanges für Transit-Reisende nach West-Berlin noch nicht berücksichtigt werden.)

Die derzeitige Asylsituation wird in der gegenwärtigen hektischen Diskussion in unzulässiger und ungerechtfertigter Weise dramatisiert. Richtig ist, daß ein Anstieg der Asylbewerberzahlen festzustellen ist. 1986 kann mit 80 000 bis 100 000 Asylbewerbern gerechnet werden. 1985 waren es noch 73 000.

Der Anstieg der Asylbewerberzahlen ist zunächst einmal auf die Abschottung der Grenzen Schwedens und Dänemarks vor politisch Verfolgten zurückzuführen. Seit den Vereinbarungen der Länder mit der DDR können Flüchtlinge nicht mehr von der DDR in die skandinavischen Ländern weiterreisen. Ihnen bleibt nur die Wahl der Rückschiebung oder der Einreise nach West-Berlin. Zum anderen sind die Probleme in Berlin hausgemacht. Nach dem Anschlag auf die Diskothek "La Belle" werden Ausländer rigoros kontrolliert, Flüchtlinge, die sonst ins Bundesgebiet weiterreisen konnten und dort erst Asyl beantragten, müssen dies nun schon in Berlin tun. Damit wird der "Flaschenhals" Berlin geschaffen. Da Berlin für die meisten Flüchtlinge der einzige Zugang nach West-Europa ist, reisen viele Flüchtlinge, die in andere Länder wollen, über Berlin ein. Seit den Verhandlungen einiger westeuropäischer Staaten im Mai 1985 ist zu beobachten, daß potentielle Asylbewerber, die über Berlin in das Bundesgebiet an die Grenzen der Nachbarländer kommen, von dort in die Bundesrepublik zurückgewiesen werden. Auch diese Praxis trägt zur Steigerung der Asylbewerberzahlen bei.



Es wird jedoch verschwiegen, daß bis zu 30 % der Asylbewerber jährlich vor Abschluß ihres Anerkennungsverfahrens wieder aus der Bundesrepublik ausreisen. Bezeichnenderweise führt die Bundesregierung über die ausreisenden Asylbewerber keine Statistik.

Die Zahl der Flüchtlinge beläuft sich zur Zeit auf rund - 250.000. Dies ist im internationalen Vergleich mit anderen - zumeist wesentlich ärmeren - Aufnahmeländern (z.B. Pakistan 3.000.000, Sudan 800.000 Flüchtlinge) eine kleine Personengruppe. Erinnert werden sollte auch daran, daß die Zahl der Ausländer insgesamt in der Bundesrepublik seit Anfang 1985 mit 4,4 Millionen konstant geblieben ist. Es besteht also wirklich kein Grund zur Dramatisierung der Asylsituation.

Die Debatte um das Asylrecht ist im wesentlichen ein Spiel mit Zahlen. So werden in den offiziellen Statistiken der Bundesregierung Asylbewerber mit heimatlosen Ausländern, im Ausland anerkannten Flüchtlingen mit Familienangehörigen, und sogenannten de-facto-Flüchtlingen zusammengeworfen. Heimatlose Ausländer, die zwar Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention sind, leben allerdings zum Teil seit 40 Jahren in der Bundesrepublik. Sie haben mit Artikel 16 Grundgesetz (GG) nichts zu tun. Sie leben in der Bundesrepublik zum Teil als Verfolgte des Nationalsozialismus, weil die Alliierten dies veranlaßten. Ihr Status vererbt sich, so daß es auf lange Zeit

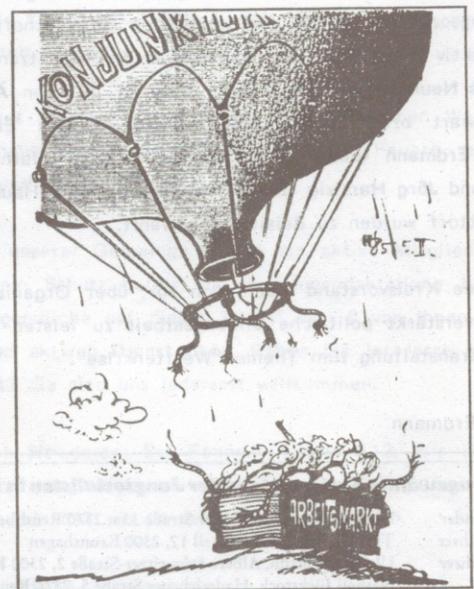
heimatlose Ausländer geben wird. Mit dem Begriff des de-facto-Flüchtlings meint der Innenminister insbesondere die geduldeten Ausländer aufgrund des Innenministerkonferenzbeschlusses vom 26.08.1966, der allen Osteuropäern (Jugoslawien ausgenommen) zumindest eine Duldung in der Bundesrepublik verspricht. Dieses Bleiberecht wurde dabei unabhängig davon gewährt, ob es sich um Flüchtlinge handelt oder nicht.

Wer für die Abschaffung - verschönernd heißt es Ergänzung - des Grundrechts auf Asyl eintritt, will ohne Not ein wichtiges Freiheitsrecht der Verfassungsordnung der Bundesrepublik abschaffen. Für ihn zählt nicht die historische Verpflichtung aus den Erfahrungen der Hitlerfaschismus in Deutschland. Er nimmt in Kauf, daß Menschen der Inhaftierung aus politischen Gründen ausgesetzt werden, obwohl dies im konkreten Fall hätte verhindert werden können.

Es geht nicht darum, sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge von dem Aufenthalt in der BRD auszuschließen. Schon die gegenwärtige Praxis der Bundesregierung wie auch der Rechtsprechung machen deutlich, daß es entgegen der öffentlichen Verlautbarungen der meisten Politiker darum geht, politischen Verfolgten den Aufnahmeschutz zu verwehren. Die Forderung, daß die DDR keine potentiellen Asylbewerber mehr durch ihren Transit lassen solle, hat wie bei dem Durchreiseverbot für Tamlen zur Folge, daß politisch Verfolgten verwehrt wird, das Asylrecht überhaupt in Anspruch nehmen zu können. Wir haben dann zwar ein liberales Grundrecht, das allerdings nur noch auf dem Papier besteht. Auch der Lösungsvorschlag, rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber pauschal und rigoros abzuschieben (Stichwort: Vollzugsdefizit beseitigen - vorhandene Instrumentarien ausschöpfen), der auch von SPD-Politikern zu unrecht vorgetragen wird, berücksichtigt nicht, daß schon jetzt viel zu rigoros abgeschoben wird und daß den Abschiebungen Hindernisse entgegenstehen. Sollen etwa Tamlen, Iraner, Libanesen, Eriträer in ihre Verfolgerländer abgeschoben werden, in denen nach der Rechtsprechung zwar keine "politische Verfolgung", aber Gefahr für Leib und Leben droht? Eine solche Abschiebungspraxis wäre mit dem im Grundgesetz verankerten Gebot der Menschenwürde nicht vereinbar. Um solche Abschiebungen rechtlich durchsetzen zu können, müßte also auch noch das oberste Gebot des Grundgesetzes gestrichen werden.

Die hektische Diskussion hat für die Gegner des Asylrechts schon jetzt einen großen Erfolg gebracht. Es ist eine "Notstandssituation" herbeigeredet worden. Dadurch wurde ein politisches Klima geschaffen, durch das die gewünschten, bisher aber noch auf politischen Widerstand gestossenen Verschärfungen des Asylrechtss leicht durchzusetzen sind.

Für den Wahlkampf ist das Schicksal verfolgter Menschen zu schade. Die Diskussion um Artikel 16 Absatz 2 GG sollte abgebrochen werden.



Es geht aufwärts!

tz, München

Anerkennung

"In Anerkennung Ihrer Verdienste verleihe ich Ihnen..."

- mit diesen wohlklingenden Worten werden oft Orden überreicht. Anerkannt zu werden in seinem Lebensbereich, ist für jeden Menschen wichtig. Schon "ein bißchen" Anerkennung ist ein Mittel gegen den Frust, meinen die Psychologen.

Seit geraumer Zeit gibt es noch eine andere Art der Anerkennung. Prüfungsausschüsse oder Gerichte sprechen sie aus, ganz ohne feierliche Worte. Für "anerkannte Asylanten", "anerkannte Kriegsdienstverweigerer", "anerkannte Legastheniker" ist diese Anerkennung kein Lob sondern eine oft bittere Notwendigkeit.

Jemand, der in diesem Sinn anerkannt werden möchte, muß einen Antrag stellen. Ein Amt, eine Behörde muß ihn kennen, um sein Problem zu erkennen und ihn anzuerkennen - wenn er das richtige Problem hat. So müssen Asylanten aus dem richtigen Land kommen, richtig verfolgt gewesen sein... Kriegsdienstverweigerer müssen die richtigen Gewissensgründe darlegen, ein legasthenisches Kind muß die richtigen Fehler zeigen. Und wie oft werden Menschen dann verkannt statt anerkannt?

Sollten nicht noch Personenkreise zu finden sein, die sich in Prüfungsverfahren anerkennen ließen? Vielleicht "anerkannte Demokraten". Das sind dann Leute, denen selbst Heiner Geißler nicht mehr vorwerfen darf, sie seien geheime Mitglieder der SED. Oder wie wäre es mit "anerkannten Schülern"? Wer ein Jahr lang anerkannter Schüler zum Beispiel des 4. Jahrgangs war, darf in den 5. Jahrgang wechseln.

Eigentlich ist das Thema zu ernst für eine Glosse. Aber ich meine es lohnt darüber nachzudenken, wie die in unserem Land übliche Praxis der Anerkennungsverfahren unsere Anerkennung finden kann.

A. Meyer-Delius

im Kreis

Das Frauenhaus muß weiter betteln gehen

In vielen Gemeinden wurde in letzter Zeit der Antrag der Initiative **Frauenhaus Rendsburg** beraten, für das Haushaltsjahr 1986 und eventuell für folgende Jahre einen Zuschuß zu gewähren.

Eigentlich zuständig für die Finanzierung des Frauenhauses, das schwerpunktmäßig Frauen aus dem Kreis Rendsburg-Eckernförde betreut, ist der Kreis. Diese Ansicht vertreten viele Gemeindevertretungen, und sie haben sich auch schon mit einer entsprechenden Eingabe an den Kreis gewandt.

In seiner Sitzung am 6.8.86 hatte der Sozialausschuß im Rahmen der Nachtragsberatungen über die weitere Finanzierung des Frauenhauses zu entscheiden. Das Ergebnis der Beratungen muß für die engagierten Frauen des Frauenhauses als kalte Dusche gewirkt haben. Obwohl sich die SPD entschieden für die Interessen des Frauenhauses einsetzte, war die CDU-Mehrheit nicht bereit, die notwendigen Personalkosten zu finanzieren. Lediglich erhöhte Sachkosten wie Miete und Heizung und kleine Lohnerhöhungen, die tariflich bedingt sind, für das vorhandene Personal, werden im laufenden Haushaltsjahr finanziert. Urlaubs- und Krankheitsvertretungen und der Bereitschaftsdienst, der garantiert, daß sich hilfesuchende Frauen rund um die Uhr an das Frauenhaus wenden können, soll überhaupt nicht finanziert werden.

Wie in jedem Jahr hat die AsF beim Sommerfest der SPD Kaffee und Kuchen und belegte Brötchen verkauft. Neu war in diesem Jahr, daß der Erlös der Gruppe für behinderte Mitglieder der Christusgemeinde gespendet werden sollte. Nach Vorgesprächen mit dieser Gruppe und Diakon Günter Frank hatte der Vorstand des Ortsvereins das beschlossen.



Das Wetter am Tag des Sommerfestes war gut - unser Selbstgebackenes ging weg wie die berühmten "warmen Semmeln". Am 3. September waren wir nun zu Gast bei der Gruppe. Bei Plätzchen, Erfrischungen und Kerzenlicht haben wir Herrn Frank 200,- DM überreichen können. So sehr unser Beitrag willkommen war, so wichtig ist es für die behinderten Mitbürger, daß ein Kontakt hergestellt worden ist. Wir wollen diesen Kontakt nicht wieder einschlafen lassen.



Damit hat die CDU wieder einmal gezeigt, daß sie nicht bereit ist, sozialpolitisch wichtige Einrichtungen ausreichend zu finanzieren.

Wahlkampfversprechungen müssen in der Phase der politischen Umsetzung erfüllt werden. Das nimmt die CDU offenbar weder auf umweltpolitischem noch auf sozialpolitischem Gebiet ernst.

Die Fraktion der SPD wird weiterhin fordern, daß das Frauenhaus Rendsburg ausreichend Personal- und Sachkosten finanziert bekommt, um die Arbeit für die Frauen optimal leisten zu können.

Bis dies erreicht ist, wird das Frauenhaus wohl darauf angewiesen sein, weiterhin bei den Gemeinden um Zuschüsse zu bitten.

Barbara Bruhn
Kreistagsabgeordnete
Mitglied im Sozialausschuß

Bilanz der Wende – ein Wandel viel versprochen und nichts gehalten

Die Versprechungen der Bundesregierung:

Diese Bundesregierung ist mit dem Ziel angetreten, die öffentlichen Haushalte zu sanieren. Es wurde versprochen

- * die dazu notwendigen Opfer auf alle Bürger sozial gerecht zu verteilen,
- * die öffentlichen Haushalte in Richtung zukunftsweisender und beschäftigungsfördernder Ausgaben umzustrukturieren,
- * die öffentlichen Investitionen zu verstärken und die privaten Investitionen anzuregen
- * und bei alledem keine Steuererhöhungen vorzunehmen.

Die Neuverschuldung sollte "auf gar keinen Fall" (Stoltenberg) wieder ansteigen, und die Politik dieser Bundesregierung sollte zu einem neuen Aufschwung führen, bei dem die Zahl der Arbeitslosen innerhalb von zwei Jahren auf 1 Million heruntergedrückt würde.

Was ist aus den Versprechungen geworden? Herzlose Umverteilung von unten nach oben!

Die Bundesregierung hat ihre Versprechungen nicht gehalten. Viele Mißerfolge wurden unter den Tisch gekehrt und in neue Ankündigungen für die nächste Legislaturperiode umgewandelt. In der Wirklichkeit hat in den letzten Jahren eine massive Umschichtung im Haushalt und eine Umverteilung von unten nach oben stattgefunden:

- * die **Sparpolitik** war im höchsten Maße **unsozial**. Die kleinen Leute wurden belastet, die Besserverdienenden kamen ungeschoren davon, ihnen wurde sogar entgegen ursprünglichen Ankündigungen die Zwangsanleihe vorzeitig zurückgezahlt.
- * Die Neuverschuldung steigt wieder an; Dr. Stoltenberg hat in vier Jahren seiner Amtszeit über 100 Milliarden DM neue Schulden gemacht, mehr als irgendeiner seiner Vorgänger als Finanzminister.
- * Die angebliche Haushaltskonsolidierung war lediglich auf jährlich hohe Bundesbankgewinne zurückzuführen.
- * Die Mehrwertsteuer wurde angehoben, um damit Steuergeschenke an die Wirtschaft und für Besserverdienende zu finanzieren.
- * Um Haushaltslöcher zu stopfen, soll wertvolles Bundesvermögen verschербelt werden.
- * Die Europapolitik ist gescheitert; die beschworene Haushaltsdisziplin konnte nicht durchgesetzt werden, und die Neuausrichtung der Agrarpolitik ist nicht einmal in Angriff genommen worden.

Bundesfinanzminister **Dr. Stoltenberg** wird als **Subventionsminister** und als der **größte Schuldner in die Geschichte der Bundesrepublik** eingehen.

1985 haben wir gegenüber 1982 fast eine halbe Million arbeitsloser Menschen mehr. Nach den Prognosen werden auch in den nächsten Jahren noch immer zwei Millionen Menschen ohne Arbeit sein. Die Bundesregierung rechnet selbst nicht damit, daß auf dem Arbeitsmarkt bis 1990 eine entscheidende Verbesserung eintritt. Sie hat bei der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit versagt.

Die Konkurswelle rollt ungebrochen weiter. Gegenüber den letzten drei Jahren sozial-liberaler Koalition hat es von 1983 bis 1985 über 15000 Insolvenzen und fast 13000 Konkurse mehr gegeben. Auch 1986 ist ein neuer Pleitenrekord zu erwarten.

Das Rekordniveau der Abgabenbelastung der Arbeitnehmer, der Verfall der öffentlichen Investitionen und die restriktive Haushaltspolitik haben die binnenwirtschaftliche Entwicklung nachhaltig geschwächt. Die Finanzpolitik ist damit für das hohe Niveau der Arbeitslosigkeit unmittelbar verantwortlich.

Was macht die Bundesregierung in dieser Situation?

Die Bundesregierung und der Bundesfinanzminister flüchten sich in Ankündigungen für die nächste Legislaturperiode. Der bis 1990 beschlossene Finanzplan ist schon jetzt Makulatur:

- * Die Finanzierung der angekündigten Steuerentlastung um 40 bis 45 Mrd. DM ist völlig offen.
- * Der auf die nächste Legislaturperiode verschobene Subventionsabbau um 8 Mrd. DM (Stoltenberg) bis 25 Mrd. DM (Bangemann) ist nicht ernst zu nehmen.
- * Die Finanzierung des Babyjahres für Trümmerfrauen soll durch eine Plünderung der Kassen der Arbeitslosenversicherung erfolgen.
- * Die anstehenden Finanzierungsaufgaben für die Zukunft in den Bereichen Rentenversicherung und Gesundheit bleiben bei den Ankündigungen der Regierungskoalition völlig außen vor.



Ohnehin sind die Haushalte der Zukunft schon durch milliardenschwere Vorbelastungen eingedeckt:

- * Die Abschreibungsverbesserungen für Wirtschaftsgebäude kosten den Steuerzahler über die öffentlichen Haushalte bis 1990 über 15 Mrd. DM, die Senkung der Gewerbe- und Vermögenssteuer über 17 Mrd. DM.
- * Die Erhöhung der Vorsteuerpauschale für die Landwirtschaft bedeutet für die Haushaltsfinanzierung von Bund und Ländern bis 1991 eine Vorbelastung mit rund 22 Mrd. DM.
- * Für die Erhöhung der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaft (EG) sind die Steuerzahler über die öffentlichen Haushalte mit jährlich über 4 Mrd. DM zur Kasse gebeten worden, und 1988 wird diese Summe auf über 7 Mrd. DM pro Jahr ansteigen.
- * Die sonstigen Maßnahmen für die Landwirtschaft kosten den Steuerzahler bis 1990 über 6 Mrd. DM.

Rechnet man all diese Beträge zusammen, erreicht man leicht einen Betrag von rund 90 Mrd. DM Vorbelastung, für Maßnahmen, die für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verloren sind.

Die SPD wird sich am unseriösen Wettlauf der Versprechungen für die kommende Bundestagswahl nicht beteiligen. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion wird **Johannes Rau unterstützen**, damit er ein solide finanziertes Regierungsprogramm für die ersten hundert Tage nach der Regierungsübernahme vorlegen kann.

Für die SPD ist die Notwendigkeit der Haushaltssanierung unbestritten. Wir haben mit dem Subventionsabbaugesetz und der Operation 1982 die Konsolidierung eingeleitet. Für uns steht jedoch die **soziale Ausgewogenheit der Maßnahmen im Vordergrund** und wir fordern weiterhin die Beteiligung der Besserverdienenden durch eine auf drei Jahre befristete Ergänzungsabgabe. Statt einer Kahlschlagpolitik im Sozialbereich hat sich die SPD für Kürzungen in allen Teilen des Bundeshaushaltes eingesetzt.

Die Steuergeschenke an Unternehmen und Landwirtschaft müssen rückgängig gemacht und als Beitrag der Finanzpolitik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eingesetzt werden. Bereits heute sind 90 Mrd. DM dadurch fest gebunden und können nicht mehr für die Arbeitslosigkeit verwendet werden.



Heide Simonis (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

Klaus Staeck

Nachwort zur Regierungszeit Helmut Kohls?

Helmut Kohl, Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland – wie stolz das klingt. Und wie schön das ist für einen Mann, der sich nach vielen Anläufen und manchen Demütigungen einen Kinderwunsch erfüllen konnte. Ein Mann, der mit seinem Beruf rundherum zufrieden ist, wo gibt es das noch in einer Welt voller Zweifel, Unsicherheit und Angst. Wenn seine Vorgänger glaubten, alle Probleme dieser Welt, wenn schon nicht lösen, so doch mittragen zu müssen, so zeigt er uns, daß es kaum welche gibt. Die ewig verspottete heile Welt – dank Helmut Kohl scheint sie zum Greifen nahe.

Gefahr droht allenfalls noch von einigen Restkritikern. Sie wollen sich der überschäumenden Lebensfreude und dem Optimismus des Kanzlers partout nicht anschließen. Allen voran die professionellen Witzmacher. Sie können nicht verhindern, daß ein Amateur ihnen so ernsthafte Konkurrenz macht und allemal mehr Heiterkeit auslöst.

Helmut Kohl ist nicht der fleischgewordene Gartenzwerg, der sein Dauerlächeln in einer Schubkarre sich herschiebt. Er ist ein Mann des Volkes – nicht in der dünnen Luft blasser Intellektualität großgeworden. Er liebt die deftigen Bilder, auch wenn sie hinten und vorn nicht stimmen. Aber wo steht denn geschrieben, daß Demokratie die Auslese des jeweils Besten für das wichtigste Amt im Staate bedeutet; kann ja, aber muß doch nicht. Immerhin bündelt kaum jemand alle Vorurteile so gut wie er und wird damit selbst zur Bündelung aller Vorurteile. Auch das ist eine Kunst, eine sehr volksnahe dazu.

Niemand vor ihm auf dem hohen Stuhl wollte sich so leidenschaftlich mit kräftiger Handschrift in das Buch der Geschichte einschreiben. Sollte ihm das durch keine anderen Taten gelingen – als Redner ist ihm schon jetzt ein Platz in Walhalla sicher. Auf dem Felde der freien Rede ist er unschlagbar, hier ist er geradezu gefürchtet. Wem sonst gelingen schon Sätze wie: „Das ist eine Politik, die auf dem Tellerrand des morgigen Abends steht.“ Das ist keine Endzeitprosa, sondern Poesie der Glückseligen. Da weht der Zeitgeist mühelos durch die gestelzten Bilder, eine Art Mischung aus unendlicher Geschichte und Personal-Computer-System. Nun werden wir wieder daran erinnert, daß wir unsere Pflicht tun sollen, mit der Fröhlichkeit des Herzens, unser Ich im Hefeteig des Wir aufgehen lassend. Der Aufschwung muß im Menschlichen beginnen. Hier müssen wir unsere Hausaufgaben machen, denn es ist jetzt nicht die Stunde, neue Gräben aufzureißen. Man muß nur wollen wollen in der Stunde der Wahrheit.

Helmut Kohl ist nicht der Dorfdepp, den viele in ihm immer noch sehen wollen. Denn wer wollte ihm sonst diese Rolle auch jemals streitig machen. Eher schon ist er der mit allen Wassern Gewaschene. Wer allen Spott schon hinter sich hat, der braucht sich vor neuem nicht mehr zu fürchten. Was aber, wenn Kohl seine Rolle geschickt und schlau – als großes Ablenkungsmanöver – nur spielt? Der tolpatschige Onkel, von dem doch nichts Böses kommen könne. Gespielte Hilflosigkeit als Tarnung. Während sich das Parkett den Bauch vor Lachen hält, werden hinter der Bühne die Fäden gesponnen. Bei dieser Deutung des Phänomens Kohl bekommt vieles Rätselhaftes seines Tuns dann doch wieder einen Sinn.

Gespielt oder nicht, Kohl nutzt geschickt den Platzvorteil des Amateurs, an dem jeder Profi verzweifeln muß. In diesem Zustand wird einer für Kritik unerreichbar, ist sakrosankt aus eigener Gnade, mit dem Überlegenheitsgefühl des Unberühmbaren. Die Maßstäbe der traditionellen Politikbegleitung scheinen außer Kraft gesetzt. Kohl scheint das zu wissen, und die ihn benutzen ebenfalls. Das ist das Vertrackte. Dilettantismus gilt als volksnah, Gauherei als neue Moral.

Helmut Kohl ist ein Gesamtkunstwerk, das ständig das tiefe Bedürfnis in sich spürt, Bedeutendes „auch heute abend in diese Stunde hinein-zusprechen“. Dieser Mann hat nicht ehrgeizig und machthungrig all die Jahre auf diese Stunde gewartet, um sie alsbald wieder kampfflos herzugeben. Wer schon „die Abneigung gegen den Sozialismus mit der Muttermilch eingesogen“ hat, der hat nicht einfach eine Aufgabe, der erfüllt eine Mission. Das werden auch seine Sponsoren merken, wenn sie versuchen sollten, die langen Fäden einzurollen, an denen ihr Wunschkanzler jetzt noch munter und lebenslustig hängt.

Die „Weisheit des Wählers“ des teildeutschen Volkes hat sich diesen Sprachkünstler in geheimer Wahl redlich verdient. Kohl sagt nicht nur: „Ich bin ein typischer Deutscher.“ Es ist zu befürchten, daß er es auch ist. Das kompliziert für seine Gegner das Problem, macht es aber nicht unlösbar. All die anderen vielen typischen Deutschen werden bald feststellen, daß es nichts Langweiligeres gibt, als ewig die eigene Einfalt im Spiegel zu sehen. Schlechtes Kabarett war immer nur ein Saisongeschäft mit vorprogrammiertem Verschleiß. Das könnte Helmut Kohl dann doch noch zum Verhängnis werden.

Forum: Die Zukunft ist weiblich

Anke Fuchs:

Frauen sind selbstbewußter geworden

Die Zukunft ist weiblich. – Ein mitreißender, bezwingender Slogan, der keinen Widerspruch zuläßt. Nur: Schon in den ersten Tagen der Frauenbewegung erschien er als Parole auf T-Shirts. Die Zukunft von damals ist heute Vergangenheit. Auch die Vergangenheit ist weiblich, grammatikalisch gesehen. Was aber hat sich wirklich verändert, was muß sich ändern?

Betrachtet man die Zahlen, so sieht es wenig erfreulich aus:

- zu wenige Frauen in der Politik
- zu viele Frauen arbeitslos
- zu viele ohne Ausbildungsplatz
- zu viele mit schlechter sozialer Sicherung usw. usw.



Anke Fuchs (Foto: Sven Simon)

„Wir wollen das Ende unserer gespaltenen Gesellschaft“

Ein Frauenkapitel für das Grundsatzprogramm der SPD

Das neue Grundsatzprogramm der SPD wird erstmals einen eigenen Abschnitt zur Rolle der Frau haben. Vier Frauen haben in der Kommission Grundsatzprogramm der SPD einen Vorschlag ausgearbeitet, der den Titel trägt: „Anders leben, anders arbeiten – Gesellschaftliche Gleichheit von Frau und Mann“.

Ohne gezielte politische Maßnahmen gibt es in der Gleichstellungsfrage keinen Fortschritt: „Die rechtliche Gleichstellung muß durch eine Politik der tatsächlichen Gleichstellung, durch gesellschaftliche Gleichheit ergänzt werden. Eine Politik der sozialen Gerechtigkeit für alle nützt den Frauen, trägt zur Verbesserung ihrer Situation bei, aber löst die

besonderen Probleme der Frauen nicht. Die Frauenfrage, die Frage der Gleichheit von Mann und Frau, bedarf besonderer und gezielter Anstrengungen.“

Gleichstellung wird zum Gewinn für alle Menschen: „Wir wollen eine Gesellschaft, die nicht mehr gespalten ist in Menschen mit 'weiblicher' und in Menschen mit 'männlichen' Denk- und Verhaltensweisen, eine Gesellschaft, in der Arbeit nicht mehr gespalten ist in Erwerbsarbeit und in Haus- und Familienarbeit, in der Erwerbsarbeit nicht mehr Männern zugeordnet und daher hochbewertet und Haus- und Familienarbeit Frauen zugewiesen und damit niedrig bewertet wird.“

Dennoch, die Frauen sind selbstbewußter geworden. Ihre Bildungssituation hat sich erheblich verbessert. Bei der jüngeren Generation fallen geschlechtsspezifische Bildungsunterschiede kaum noch ins Gewicht. Frauen wollen ihren eigenen Weg gehen. Die Gesellschaft der neuen Mütterlichkeit Norbert Blüms will ihnen zwar die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wieder streitig machen, aber die Frauen lassen sich das Abschieben nicht mehr gefallen. Sie wollen mitmischen und erwarten, daß Politik mit Frauen gemacht wird. Das ist anders als noch vor Jahren, als die eine Alibi-Frau genügte.

Die Zukunft ist weiblich, denn wir Frauen übernehmen selbst Verantwortung als Betriebsräte oder Personalräte am Arbeitsplatz, als Abgeordnete in den Parlamenten, als Mitglieder in Parteien und Gewerkschaften, in allen gesellschaftlichen Organisationen und zu Hause. Dabei sind wir weiblich: sensibel und solidarisch, mutig und fröhlich, Mädchen, Frauen, Mütter, Großmütter. Die Zukunft ist weiblich und damit menschlich.

Mütter und das „Babyjahr“



Was ist los, bei uns?

AsF-Programm Oktober - Dezember 1986

- 29.10.86 Abendveranstaltung mit dem Thema "Aktuelle Arbeitsplatzsituation für Frauen und Jugendliche"
Referent: Herr Jürgen Lausch, Arbeitsamt Kiel
Ort: Bürgerhaus, Klöndee
Beginn: 20.00 Uhr
- 12.11.86 Kleiderbörse
Ort: Bürgerhaus
Beginn: 16.00 Uhr
- 21.11.86 Nachmittagsveranstaltung mit der wieder kandidierenden Bundestagsabgeordneten Heide Simonis
Ort: Bürgerhaus, Saal C
Beginn: 16.00 Uhr
- 04.12.86 Adventskaffee
Ort: Bürgerhaus, Saalteil
Beginn: 15.30 Uhr

Impressum: Kontakte

Sozialdemokratische Bürgerzeitung Kronshagen

Herausgeber: SPD-Kronshagen

V.i.S.P. Cord P. Lubinski

Elsa-Brändström-Str. 12, T: 54 27 58

Druck: Martin-Druck, Kiel

außerdem regelmäßig am zweiten Dienstag jeden Monats Frauen Stammtisch im Restaurant "RHODOS", ab 20.00 Uhr (d. h. am 11.11., 9.12., usw.)